KURZ UND PRÄGNANT

Krokodilstränen

„Mit der Billigung der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch den Bundesrat ist die Abkehr vom Atomausstieg beschlossene Sache. Das ist wahrlich ein schwarzer Tag für die energiepolitische Zukunft dieses Landes. Damit haben die Lobbyisten der großen Stromkonzerne gesiegt“, so Bodo Ramelow am 26. November. „Allen Krokodilstränen der Sozialdemokraten zum Trotz haftet die SPD mit ihrem Koalitionsvertrag für diese katastrophal verfehlte Politik der Bundesregierung“, so der LINKE Fraktionschef angesichts der Stimmenthaltung Thüringens. Es ist leider negativ festzustellen, dass die Ministerpräsidentin Lieberknecht „aus ideologischen Gründen gegenüber der Bundesregierung Vasallentreue hält, die massiv zulasten Thüringens geht“. ■

Aidshilfe sichern

„Die Aidshilfe und ihr Netzwerk von Beratungsstellen müssen langfristig in ihrem thüringenweiten Bestand finanziell abgesichert werden“, forderte MdL Karola Stange. Das Denken in Kategorien wie „Haushaltsvorbehalte“ und „Einsparpotenzial“ sei völlig unangebracht angesichts der existenziellen Bedeutung dieser Arbeit. Nach Ansicht der Gleichstellungsexpertin müssen regionale Benachteiligungen von Betroffenen unbedingt vermieden werden. Wichtig sei vor allem, die Präventionsarbeit, aber auch die Antidiskriminierungsaktivitäten der Aidshilfe, der Beratungsstellen und anderer Organisationen zu unterstützen. ■

Keine Transparenz

„Die Thüringer Landesregierung verweigert weiterhin mit fadenscheinigen Rechtsgründen ein höheres Maß an Transparenz bei der Finanzierung der Kindertagesstätten“, kritisiert der Kommunalpolitiker der Linksfraktion, Frank Kuschel. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 29. November hatte sich die Landesregierung gegen die Vorschläge der LINKEN ausgesprochen, die Kostenerstattungen für den Kita-Bereich aus dem kommunalen Finanzausgleich herauszulösen und im Einzelhaushalt des Kultusministeriums einzustellen. „Dabei würde unser Vorschlag keinen Euro zusätzlich kosten und für Transparenz sorgen. Damit könnte jeder nachvollziehen, ob die Landesausgleichszahlungen tatsächlich alle Kosten decken.“ Gegenwärtig sind fast 270 Mio. Euro für die Kindertagesstätten in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen enthalten, aus denen die Kommunen jedoch alle Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises und die freiwilligen Aufgaben finanzieren müssen. ■

Lautstarke Proteste gegen Kürzungen bei Schulen und Universitäten

Abgeordnete der LINKEN wandten sich gegen die Pläne der CDU-SPD-Landesregierung

Erst gab es eine bunte, aber unmissverständliche Protestdemonstration hunderter Schüler freier Schulen aus Thüringen vorm Landtag, ein paar Tage später zogen tausende Studierende aus allen Hochschulen des Landes mit ohrenbetäubenden Unmutsäußerungen vom Erfurter Hauptbahnhof zum Hohen Haus. Hier wie da sind die im Landeshaushalt für 2011 von der Thüringer Regierungskoalition geplanten Kürzungen Ursache der Proteste.

Die in diesem Zusammenhang geplanten Änderungen im Gesetz für freie Schulen gefährden sogar die Weiterexistenz einzelner freier Schulen. Dies habe die Anhörung am 17. November deutlich gezeigt, so Michaele Sojka, Sprecherin für Bildungspolitik der Linksfraktion, die zu den zeitgleich demonstrierenden Schülern (Foto oben) gesprochen hatte. Es werde bereits eine notwendige Verdoppelung des von den Eltern zu zahlenden Schulgeldes angekündigt. Auch Schulschließungen insbesondere bei kleineren Trägern freier Schulen und bei freien Berufsschulen seien nicht mehr ausgeschlossen. Damit werde ein wesentlicher und innovativster Teil des Thüringer Schulsystems in Frage gestellt. Offensichtlich nehme der Minister in Kauf, dass „der Zugang zu Schulen, welche nachweislich zu den besten in Thüringen zählen, mit diesem Gesetz in Zukunft vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Damit verschärft sich die bereits bestehende soziale Ungleichheit unter einem SPD-Bildungsminister weiter“, protestierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Bereits im Vorfeld der Demonstration der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) gemeinsam mit der GEW am 23. November hatte namens der Linksfraktion die Sprecherin für Ausbildungs- und Studierendenfragen Susanne Hennig erklärt: „Das Anliegen ist berechtigt. Wenn man so wie jetzt ohne plausible Begründung wegen eines angeblichen Notfalls vom Hochschulpakt abweicht, muss man sich dagegen wehren.“

„Wer heute kürzt, zahlt morgen drauf“ – die Studierenden, die sich zum Schluss ihres Protestzuges vor dem Landtagshochhaus versammelt hatten, schleuderten Minister Matschies Rechtfertigungsversuchen ihre Haltung verbal und nonverbal entgegen. Starken Beifall zollten sie der Rede von Dr. Karin Kaschuba, Sprecherin für Wissenschaftspolitik der Linksfraktion, und ihrer Aufforderung: „Helfen Sie mit, dass wir Minister Matschie helfen können, Thüringen tatsächlich zum Bildungsland Nummer eins zu machen.“ Dafür seien allerdings auch die notwendigen Bedingungen zu schaffen – „Lehrkräfte, Räume, Platz für die Freiheit zum Studieren“. Leider lasse es der amtierende Minister an entsprechenden Aktivitäten, die Attraktivität der Hochschulen zu steigern, fehlen. Der Hochschulpakt werde ohne schlüssige Begründung einseitig aufgekündigt und ein langfristiger Entwicklungsplan für den Hochschulstandort Thüringen erst gar nicht angefasst. ■

Kritik am Entwurf für ein Demokratie-Landesprogramm

„Der Entwurf für das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wird weder quantitativ noch qualitativ die notwendige zivilgesell-schaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stärken“, so Martina Renner. Die Rechtsextremismus-Expertin der Linksfraktion wies auf erhebliche Mängel in der Ausgangsanalyse hin, die offensichtlich auf unterschiedliche politische Absichten zurückzuführen sind. Besonders deutlich werde dies bei dem Versuch, andere antidemokratische Potentiale in der Gesellschaft zu beschreiben, als den Rechtsextremismus.

„Ein Landesprogramm kann bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nur dann Erfolg haben, wenn die Ziele klar und konkret bestimmt sind und sich nicht hinter politisch motivierten Verallgemeinerungen verbergen. Andererseits müssen auch die angestrebten Maßnahmen konkret untersetzt werden. Gerade im Bildungsbereich unterlässt es der Entwurf, allgemeine Aussagen zu verlassen“, sagte die Abgeordnete.

Nicht zu akzeptieren sei es, wenn dem institutionalisierten Verfassungsschutz, also einem Geheimdienst, eine Beratungsfunktion gegenüber kommunalen Präventions-projekten zugeschrieben wird. Das Landesamt habe mehrfach offenbart, dass es ein höchstgradig untaugliches Instrument für die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Dafür sei es aber mit erheblichen Befugnissen für einen Grund-rechtseingriff ausgestattet. Nicht zu akzeptieren sei auch, dass das Parlament nicht mehr die Möglichkeit habe, den Entwurf weiter zu qualifizieren.

Schweigendes Landesamt

Scharf kritisiert hat die Abgeordnete „das Schweigen des Thüringer Landesamtes für den Verfassungsschutz, das nach Auskunft der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen (GfAW) dazu geführt hat, dass ein bekannter und vor allem für Organisationen verantwortlicher Rechtsextremist in den Genuss einer öffentlichen Förderung kommt“.

Martina Renner verwies auf die durch Medien-Recherchen bekannt gewordene Tatsache, dass ein Unternehmen eines NPD-Funktionärs Fördermittel über das Thüringer Wirtschaftsministerium aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds erhalten hat. Nunmehr werde geprüft, ob diese Mittel zurückgefordert werden können. Laut dem MDR-Bericht vom 22.11. habe die GfAW sich vor Bewilligung des Förderantrages mit einer Anfrage an den Verfassungsschutz gewandt, aber keine Antwort erhalten.

„Während der ehemalige Thüringer Innenminister im Auftrag der Innenministerkonferenz Konzepte entwickelt, auf welchem Weg rechtsextremen Organisationen der Geldhahn der Steuermittel abgedreht werden kann, verursacht der nachgeordnete Geheimdienst, dass an anderer Stelle Geldhähne geöffnet werden – auf der einen Seite eine aufmerksame und sensibilisierte Einrichtung wie die GfAW und auf der anderen Seite ein Landesamt, das offenkundig nicht willens oder nicht in der Lage ist, auf eine Anfrage zu antworten.“ ■